

**Urologische Gemeinschaftspraxis
Dr. N. Nürnberg, PD Dr. J. Lehmann, S. Bach, PD Dr. C. van der Horst
Belegärzte am Städtischen Krankenhaus Kiel**

Dres. Nürnberg/Lehmann/Bach/van der Horst
Prüner Gang 15, 24103 Kiel

An die Redaktion der
Kieler Nachrichten

Prüner Gang 15, 24103 Kiel

Fon 0431- 67 29 20 + 67 28 21

Fax 0431- 6 12 50

Sprechzeiten: Montag-Freitag

9 - 12 Uhr + 16 - 18 Uhr

Belegklinik

Städtisches Krankenhaus Kiel

Chemnitzstr. 33, 24116 Kiel

Station GU1, Fon 0431 / 1697-1910

Fax 0431 / 1697-1912

Kiel, den 09.12.2010

Sehr geehrte Redaktion der Kieler Nachrichten

In Ihrer Ausgabe vom 9.12.2010 berichten Sie zum Thema „IGeL“ (Individuelle Gesundheitsleistung) auf Seite 1 („Jeder vierte zahlt beim Arzt privat“), Seite 2 (Kommentar) und Seite 30 („IGeL sind mit sehr viel Vorsicht zu genießen“)

In dem Seite1-Artikel „Jeder vierte zahlt beim Arzt privat“ steht geschrieben „...Aber auch Tests auf Prostatakrebs werden häufig als IGeL-Leistung angeboten...“

Ohne den Inhalt Ihrer Berichte/Kommentare grundsätzlich infrage zu stellen, möchten wir hinsichtlich des „PSA-Tests“ (Prostata-spezifisches Antigen) als IGe-Leistung zur Früherkennung eines Prostatakarzinoms folgende Anmerkungen machen:

In Deutschland wird bei rund 50.000 Männern pro Jahr ein Prostatakarzinom neu diagnostiziert. Damit ist das Prostatakarzinom die häufigste Krebsdiagnose beim Mann. Im gleichen Zeitraum sterben derzeit über 11.000 Männer an einem Prostatakarzinom. Die gesetzlich geregelte Krebsfrüherkennung sieht ab dem 45. Lebensjahr einmal jährlich die rektale Tastuntersuchung der Prostata vor. Damit können nur knapp 60% der Männer mit einem Prostatakarzinom identifiziert werden. Der PSA-Test aus einer Blutprobe hingegen wird von den gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen einer solchen Vorsorgeuntersuchung nicht bezahlt, steigert aber die Erkennungsrate für Prostatakrebs signifikant.

Wir halten aus folgenden Gründen den PSA-Test für Männer mit Wunsch nach einer Prostatakrebs-Vorsorgeuntersuchung für sinnvoll und notwendig:

In einer Europäischen Screeningstudie mit über 160.000 Männern wurde die durch Prostatakrebs verursachte Sterblichkeitsrate mittels PSA-Vorsorgeuntersuchungen um 20% reduziert (Schröder et al., New England Journal of Medicine, 2009). In einer fast zeitgleich durchgeführten US-amerikanischen Studie an über 75.000 Männern konnte hingegen kein Vorteil einer PSA-Vorsorgeuntersuchung gefunden werden, allerdings erhielten über 40%

der Patienten aus der Studiengruppe ohne vorgesehene PSA-Untersuchung doch eine PSA-Bestimmung im Laufe der Jahre, was sich wohl entsprechend auf das Studienergebnis ausgewirkt hat (Andriole et al., New England Journal of Medicine, 2009).

Eine weitere aktuelle Studie aus Schweden (Hugosson et al., Lancet Oncology, 2010) hat in Göteborg ab 1995 etwa 20.000 Männer aus den Geburtsjahren 1930 bis 1944 nach zufälliger Verteilung *mit* bzw. *ohne* PSA-Vorsorgeuntersuchung verglichen. Nach einer Beobachtungszeit von 14 Jahren wurde durch ein PSA-Screening das Sterberisiko am Prostatakrebs im Vergleich zu einer Kontrollgruppe um 44 Prozent gesenkt. Um dabei einen Todesfall durch Prostatakrebs zu verhindern, mussten hier 293 Probanden einen PSA-Test vornehmen lassen und 12 Patienten behandelt werden. Diese Studie verdeutlicht, dass mit einer PSA-basierten Vorsorge nicht nur mehr Tumoren entdeckt werden, sondern auch das Risiko am Krebs zu sterben, signifikant verringert werden kann.

Unsere Ansichten decken sich mit den Empfehlungen der aktuellen interdisziplinären S3-Leitlinie der Fachgesellschaften zur Früherkennung, Diagnostik und Therapie des Prostatakarzinoms:

Männern ab 40 Jahren mit dem Wunsch einer Prostatakarzinom-Früherkennungsuntersuchung soll die Bestimmung des PSA und eine digitale-rektale Untersuchung empfohlen werden. Eine alleinige digitale-rektale Untersuchung der Prostata ohne PSA-Bestimmung ist als Früherkennungsuntersuchung für ein Prostatakarzinom nicht ausreichend.

Um ein zu häufiges Diagnostizieren des Prostatakarzinoms z.B. bei älteren Männern mit anderen schwerwiegenden Erkrankungen zu vermeiden, ist in unseren Augen der differenzierte Umgang mit der PSA-Untersuchung die vordringlichste Aufgabe der vorsorgenden Ärzte: Je älter ein Mann ist (z.B. >75 Jahre), desto zurückhaltender kann man mit der PSA-Testung umgehen. Je jünger ein Mann ist, desto eher ist dieser durch eine zu spät gestellte Prostatakrebsdiagnose in seiner Lebenserwartung bedroht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Nils Nürnberg
PD Dr. Jan Lehmann
Sebastian Bach
PD Dr. Christof van der Horst
Dr. Hagen Bertermann

Kieler Nachrichten

DONNERSTAG, 9. DEZEMBER 2010 · NUMMER 288 · 49. WOCHE · 1,20 €



UNABHÄNGIGE LANDESZEITUNG FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

LESE-TIPPS



Siegerin im Wettbewerb „Junger Naturfotograf“: Alexandra Bürger (15) Schleswig-Holstein · Seite 15

TierFreund
Seite 10

Neue Stiftung fördert Bildung für Kinder

Kiel. „Bildung macht stark“ heißt eine von der Stadt ins Leben gerufene Stiftung, die Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien Hilfe gewähren soll.

Landeshauptstadt · Seite 26



„Zwiebelfische“: Ein Film erzählt von Jimmy Ernst und einer Glückstädter Druckerei Kultur · Seite 19

Warum Käfer, Spinne und Co. sich putzen

Kiel. Den Reinlichkeits-sinn von Insekten haben Kieler Zoologen und japanische Materialwissenschaftler erforscht. Warum und wann sich Käfer, Spinne und Co. putzen, hängt davon ab, wie gut ihre Füße beim Krabbeln haften.

Hochschulseite 27

WETTER

Bewölkt, teils Schnee
Temperaturen bis 3 Grad



INHALT

Wirtschaft	7-9
Sport	22/23
Wetter/Rätsel	12
Weltspiegel	13
Roman	26
Schleswig-Holstein	15-17
Kultur	18/19
Szenen	20
Tipps und Termine	24
Kiel	25-28
Fernsehen	Lokalteil

SIE ERREICHEN UNS

Kieler Nachrichten 0431/9030
Abo-Service 903666 Fax 9032679
Anzeigen 903555 Fax 9032569
Redaktion Fax 903 2935
KN-online: http://www.kn-online.de

Fotos in der Anrissleiste:
hfr, die thede



Jeder Vierte zahlt beim Arzt privat

AOK warnt vor „Geschäft mit der Angst“

Berlin/Kiel. Fast 20 Millionen gesetzlich Versicherte werden beim Arzt mittlerweile zu zahlenden Kunden. Oft bringen sie die Kosten für Krebsvorsorge selbst auf – obwohl viele Untersuchungen auch das Risiko falscher Befunde erhöhen. Die AOK warnt deshalb vor einem „Geschäft mit der Angst“.

Mehr als jeder Vierte der 70 Millionen gesetzlich Versicherten bezahlt teils umstrittene Behandlungen beim Arzt aus eigener Tasche. Die Zusatzeinnahmen der Ärzte durch solche Leistungen stiegen seit 2008 um 0,5 auf rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr, teilte gestern das Wissenschaftliche Institut der AOK mit. Von den Kassen nicht bezahlte Ultraschalluntersuchungen liegen dabei mit 20 Prozent an der Spitze. Trotz Risiken werden sie meist bei Frauen in der Krebsvorsorge angewendet. Nach Ansicht der Studienautoren sind diese Untersuchungen überflüssig: Alle nötige Leistungen würden von den Kassen bezahlt.

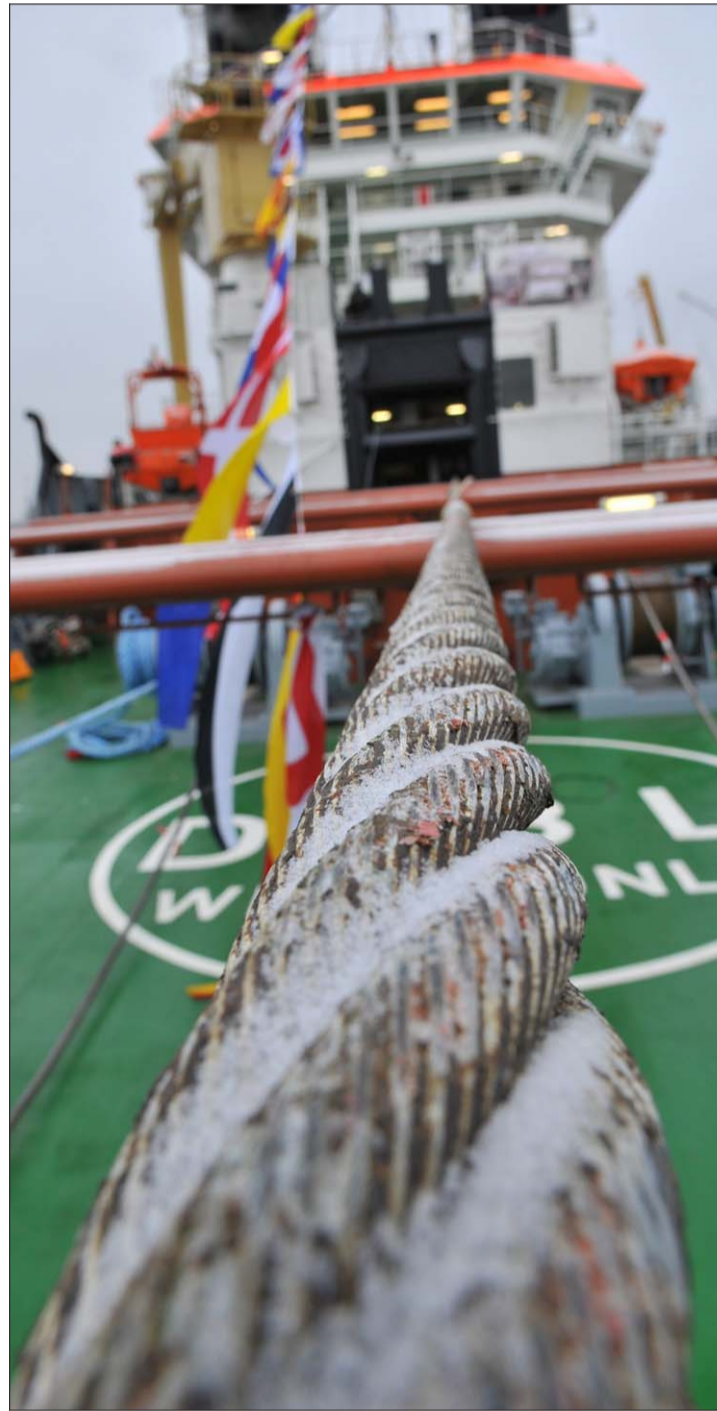
28 Prozent der Versicherten erhalten pro Jahr demnach mindestens eine medizinische Leistung auf Privatrechnung, fünf Jahre zuvor waren es noch 23 Prozent. Der Geschäftsführer des Instituts, Jürgen Klauber, sagte: „Ärzte werden offenbar auch als Verkäufer immer besser.“ Für die Studie wurden im Sommer 2500 Versicherte befragt. In mehr als der Hälfte der Fälle (54 Prozent) kommt es laut AOK bei diesen individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) sogar zum Rechtsbruch: Anders als vorgeschrieben bestätigen die Be-

troffenen in diesen Fällen nicht vorher schriftlich, dass sie auf eigene Kosten behandelt werden wollen. Rund drei Viertel gaben an, von sich aus gar nicht nach solchen Leistungen gefragt zu haben.

Besonders häufig zahlen die Patienten auch Vorsorge vor Grünem Star am Auge sowie verschiedene Medikamente und Hilfsmittel selbst. Aber auch Tests auf Prostatakrebs werden häufig als IGeL-Leistung angeboten. Gerade in der Krebsvorsorge seien die Angebote allerdings umstritten, sagte Studienautor Klaus Zok. „Es spielt das Geschäft mit der Angst eine Rolle.“ So könnten sich Patienten nach solchen Untersuchungen in der falschen Sicherheit wiegen, keinen Tumor zu haben, oder von einem positiven Befund schockiert werden, obwohl keine akute Bedrohung da ist.

Rund zwei Drittel der Ärzte bieten inzwischen IGeL-Leistungen an – an der Spitze liegen Augenärzte, Gynäkologen, Urologen, Orthopäden sowie Hautärzte. „Es gibt auch gute IGeL-Leistungen“, betonte Zok und nannte Beispiel: So könne etwa die Beratung und gegebenenfalls Impfung vor einer Fernreise sinnvoll sein. dpa/kbl **Kommentar Seite 2**

Kraftprotz für die Nordsee



80 Millimeter im Durchmesser, 1200 Meter lang und aus hochfestem Stahldraht geflochten – das sind die Daten der Stahltrosse, an der zukünftig das Wohl des Weltkulturerbes Wattenmeer hängt. Mit diesem schweren Schleppldraht soll die „Nordic“ Containerschiffe und Tanker im Fall einer Havarie von den sensiblen Schutzgebieten wegziehen. Der neue Notfallschlepper wurde gestern in Hamburg getauft. Am 1. Januar wird die „Nordic“ ihre 42 Jahre alte Vorgängerin „Oceanic“ ablösen. **Seite 7** Foto FB

Weiter Zoff ums neue Schulgesetz

Kiel. Das neue Schulgesetz von Schwarz-Gelb, das Anfang des kommenden Jahres verabschiedet werden soll, stößt auf zunehmenden Widerstand im Land. Neben der Opposition und der Volksinitiative für einen „verbindlich festgelegten Schulfrieden bis zum Juli 2013“ warnt auch der Landesrechnungshof vor Veränderungen an den Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. „Unwirtschaftlich“ und „kostspielig“, heißt es zu den Plänen. uwi **Seite 15**

Sicherheit für Gastankstellen

Kiel. Nach einem Unfall an einer Gastankstelle im vergangenen Jahr hat die schleswig-holsteinische Landesregierung alle Flüssiggastankstellen im Land durch die Arbeitsschutzbehörde prüfen lassen. Das Ergebnis: Obwohl alle Anlagen von zugelassenen Überwachungsstellen zertifiziert worden waren, wiesen viele gravierende Mängel auf. Jetzt setzt sich das Land für mehr Sicherheit ein. caj **Seite 15**

Ab Sonntag gelten neue Fahrpläne

Kiel. Auf den meisten Bahn- und Busstrecken in Schleswig-Holstein gibt es ab Sonntag – wenn überhaupt – nur Verschiebungen um wenige Minuten. Neu sind mit dem Fahrplanwechsel schnellere Verbindungen nach Dänemark und Fehmarn sowie die Eröffnung der Bahnstation Ahrensburg-Gartenholz. Ab dem 25. März erhält Kiel freitags eine zusätzliche ICE-Spätverbindung. chr **Seite 17**



Prestigesieg gegen Polen

Rückraum-Star Holger Glandorf verletzt, Pascal Hens (li.) mit durchwachsener Leistung – trotzdem haben die deutschen Handballer das Länderspieljahr mit einem klaren Erfolg beendet. Der WM-Fünfte gewann gestern in Köln gegen Polen mit 28:22 (13:13). 37 Tage vor dem WM-Auftakt im Januar in Schweden gegen Ägypten tankte die Nationalmannschaft damit wichtiges Selbstvertrauen. **Seite 23** Foto dpa

Regierung verschärft Regeln gegen Steuerbetrug

Berlin. Steuersünder sollen künftig nicht mehr so leicht durchwachsener Leistung – wie bisher durch Selbstanzeige einer Strafe entgehen können. Dies sieht ein neues Gesetz zur besseren Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung vor. Kritik gab es von der Steuerwerkschaft. Die Möglichkeit, sich selbst reinzuwaschen, müsse generell abgeschafft werden, so der Vorsitzende Dieter Ondracek gegenüber unserer Zeitung. KN **Seite 3, Kommentar Seite 2**

Juncker attackiert Merkel

„Berlin denkt ein bisschen simpel“ – Streit um Euro-Anleihen spitzt sich zu

Brüssel. Der luxemburgische Ministerpräsident und Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker hat die Europapolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. Die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe eine „uneuropäische Art europäische Geschäfte zu erledigen“, sagte Juncker laut Vorabbericht der „Zeit“. Juncker bezog sich mit seiner Kritik auf das Nein der Kanzlerin zu Euro-

Anleihen, das Merkel nun erneut bekräftigte. Juncker hatte am Montag eine rasche Auflage von sogenannten Euro-Bonds angeregt, um die in die Krise geratene Euro-Zone zu stabilisieren. „Man lehnt unseren Vorschlag ab, bevor man ihn studiert hat“, warf er jetzt der Bundesregierung vor. Diese Art, „in Europa Tabuzonen zu errichten und sich gar nicht mit den Ideen anderer zu beschäftigen“,

wundere ihn sehr. Deutschland denke mit Blick auf den Vorschlag zu Anleihen „ein bisschen simpel“, fügte Juncker hinzu. Merkel erneuerte dagegen ihre Ablehnung, da der Vorschlag aus ihrer Sicht „ökonomisch die nicht richtigen Ansätze“ verfolge. Außerdem sei das Vorhaben „mit bestehenden Verträgen überhaupt nicht vereinbar“, sagte Merkel gestern in Berlin. afp **Kommentar Seite 2**

20% RABATT AUF KINDERMODE

Gültig bis 11.12.10.

Gilt auch für CB SPORTS

Kiel · CITTI-PARK · Schwentintal · Ostseepark
Lübeck · Herrenholz 6 www.cbmode.de

KOMMENTARE



Zu Privatrechnungen beim Arzt
Von Kristian Blasel

Der Patient entscheidet

Skandal! Skandal? Wenn immer häufiger Patienten beim Arzt Leistungen auf eigene Rechnung in Anspruch nehmen, ist das für sich genommen noch kein Grund zur Aufregung. Die Vielfalt medizinischer Behandlungsmöglichkeiten wächst, das Budget der Kassen ist begrenzt. Dass der Anteil privat bezahlter Rechnungen steigt, ist deshalb zwar bitter – aber unausweichlich. Die Zeiten kostenloser Rundumversorgung sind schon länger vorbei und sie werden auch nie zurückkehren. Ziel der gesellschaftlichen Debatte muss es folglich sein, zu definieren, welche Leistungen die Gemeinschaft der Versicherten tragen sollte und was privat bleiben muss.

Problematisch wird die Entwicklung erst dann, wenn mit der Angst der Patienten gespielt, wenn nicht ausreichend aufgeklärt oder die Behand-

lung auf eigene Kosten nicht – wie vorgeschrieben – schriftlich vereinbart wird. Erst an dieser Stelle ist ein Aufschrei der Empörung angebracht.

Hilfe aus der Politik jedoch kann es auch bei diesem Problem kaum geben. Das Verhältnis Arzt-Patient basiert jenseits aller Vorschriften vor allem auf Vertrauen. Ärzte, die sich mehr ihrem eigenen Geldbeutel als dem Wohl der Menschen verpflichtet fühlen, wird es immer geben. Niemand kann es einem abnehmen, die Integrität der Mediziner selbst zu beurteilen und sich weiteren Rat einzuholen, ob bestimmte Untersuchungen wirklich sinnvoll oder zu teuer sind. Die Konsequenz aus den Zahlen der AOK ist daher unbequem: Jeder muss sich um ein Maß an Mündigkeit bemühen, das weit über dem liegt, was in der Vergangenheit nötig war.



Zum Streit um Euro-Anleihen
Von Klaus Kramer

Subvention für die Schwachen

Mit seiner Forderung nach einer von allen Mitgliedern der Währungsunion begebenen Euro-Anleihe hat Jean-Claude Juncker seine eigenen Ideen wiederbelebt. Er brachte sie vor zwei Jahren zum ersten Mal vor und stieß schon damals auf die Ablehnung der wirtschaftlich starken Nationen. Eine gemeinsame Anleihe erhöht die Zinsen auf deutsche Anleihen. Deutsche Kreditkunden bezahlen also indirekt für die Rettung angeschlagener Euro-Länder. Nun kann man einwenden, dass sie das heute auch schon tun. Der Rettungsfonds, den Irland bereits in Anspruch nimmt, wird im Wesentlichen letztlich von den europäischen Steuerbürgern finanziert. Immerhin ist die Hoffnung groß, dass Irland die 22,5 Milliarden Euro, die es aus diesem Topf erhält, eines Tages zurück-

zahlen kann.

Euro-Anleihen haben demgegenüber einen entscheidenden Nachteil: Über steigende Zinsen werden die soliden Staaten für die unsoliden Ausgabenpolitik der Wackelkandidaten in Haftung genommen – und zwar ohne dass für Letztere ein Zwang entsteht, ihr Gebaren zu ändern. Im Euro-Raum könnte sich also eine Subventionsmentalität entwickeln. Aus der Währungsunion würde damit endgültig eine Transferunion.

Angela Merkel weiß, dass sie das den Deutschen nicht schmackhaft machen kann. Ihre ablehnende Haltung ist deshalb in der Sache verständlich. Doch der Ton, in dem sie sich mit Juncker streitet, ist bedenklich. Wenn sich Freunde als „uneuropäisch“ bezeichnen, muss der Hausseggen schon ziemlich schief hängen.



Zu den Plänen gegen Steuerflucht
Von Frank Lindscheid

Alibi-Gesetz

Kein Pardon für Steuerflüchtlinge? Schön wäre es. Im Kern läuft das geplante Steuerflucht-Bekämpfungsgesetz darauf hinaus, dass sich ein Steuerhinterzieher im Fall der Selbstanzeige ein bisschen ehrlicher machen müssen als es heute der Fall ist. In Zukunft muss der Selbstanzeiger nämlich alle Schwarzgeldkonten offen legen und nicht nur jene, deren Entdeckung er ohnehin befürchtet. Ob das den Durchbruch im Kampf gegen Geldwäsche und Steuerflucht bringt, darf man bezweifeln. Das hohe Selbstlob der Koalition klingt ziemlich überzogen.

Der Öffentlichkeit ist nach einer wahren Flut von Selbstanzeigen als Folge der umstrittenen Steuer-CDs nicht mehr zu vermitteln, warum Steuerhinterzieher straffrei ausgehen. Die Koalition konnte

sich aber nur zu einem Alibi-Gesetz durchringen. Thema verfehlt: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliärsdelikt, sondern eine Straftat, leider keine seltene. Die „Steuersünder“, wie es verharmlosend heißt, betrügen nicht nur Staat und ehrliche Bürger, sondern fügen auch der Steuermoral schweren Schaden zu. Bislang kamen viele mit einem hellblauen Auge davon. Wer das Risiko für Steuer-Kriminelle erhöhen will, muss das im Rechtssystem singuläre Privileg der Strafbefreiung nach Selbstanzeige abschaffen.

Die Androhung einer Vorstrafe hätte für die vermögende Klientel eher Abschreckungscharakter. Das wäre das richtige Signal, wenn man verhindern will, dass weiter Milliarden im Ausland gebunkert werden. Dieses Gesetz ist das falsche.

Wulff segnet umstrittenes Atomgesetz ab

Berlin. Bundespräsident Christian Wulff (CDU) hat gestern das umstrittene schwarz-gelbe Gesetzespaket mit längeren Atomlaufzeiten unterschrieben. Wulff hält die Gesetze für verfassungsgemäß zustande gekommen. Mehrere SPD-regierte Länder wollen nun vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Laufzeitplus von im Schnitt zwölf Jahren für die 17 deutschen Meiler klagen. Sie wehren sich dagegen, dass die Regierung die längeren Laufzeiten ohne Zustimmung des Bundesrates beschlossen hat, in dem Schwarz-Gelb keine Mehrheit mehr hat.



Bevor er seine Unterschrift unter das Gesetz setzte, besuchte Wulff die Berliner Kunsthochschule UdK. Hier bewundert er eine Plastik von Peter Kröning mit dem Titel „Wir haben nicht genug gelitten“. Foto dpa

Kinder schätzen berufstätige Frauen

Studie: Nur eine Minderheit empfindet Mütter als „gehetzt“

Berlin. Kinder haben mit der Berufstätigkeit bei der Eltern einer Umfrage zufolge kein Problem. Sie seien in dieser Frage „Realisten“ und schätzen beispielsweise, dass der Familie dann mehr Geld zur Verfügung steht, erklärten das Kinderhilfswerk UNICEF und die Kinderzeitschrift GEOLINO gestern in Berlin bei der Vorstellung ihres neuen Werte-Monitors.

Zugleich seien Kinder aber auch „Idealisten, wenn es um ihre Werteorientierung geht“, sagte der Geschäftsführer von UNICEF Deutschland, Christian Schneider. UNICEF und GEOLINO hatten bereits zum dritten Mal eine Studie über



Kinder schätzen laut „Werte-Monitor“ Freundschaft, Familie – und Geld. Foto Caro

das Wertempfinden von Kindern in Auftrag gegeben. Ihre Mütter sollten zudem Fragen zur Vereinbarung von Beruf und Familie beantworten.

Freundschaft und Familie bedeuten der jüngsten Generation laut Kinderwerte-Monitor besonders viel. 75 Prozent in dieser Altersgruppe hätten angegeben, dass diese ihnen „total wichtig“ seien. Gegenüber der letzten Befragung im Jahr 2008 hätten vor allem die Werte „Respekt“, „Vertrauen“ und „Gerechtigkeit“ an Bedeutung gewonnen. „Glaube“ habe dagegen um drei Prozentpunkte verloren und werde nur noch von 18 Prozent für „total wichtig“ gehalten, sagte der Verlagsleiter der GEO-Gruppe, Gerd Brüne. Gerade bei älteren Kindern spiele die religiöse Dimension eine untergeordnete Rolle.

Allerdings schreiben 27 Prozent der Kinder der Kirche die wichtigste Rolle bei der Wertevermittlung zu. Gegenüber Eltern (97 Prozent), Lehrern (77 Prozent) sowie Großeltern und anderen Verwandten (76 Prozent) sowie Vereinen, Medien und Prominenten bedeutet das allerdings einen der hintersten Plätze. Nur die Politik steht mit elf Prozent noch schlechter da.

Mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Kinder gaben in dem erstmals erhobenen Fragenkomplex zur Berufstätigkeit der Eltern an, froh zu sein, dass die Mutter eine Arbeit hat. Dass die Berufs-

tätigkeit von Müttern von Kindern als so selbstverständlich angesehen wird, sei für ihn überraschend gewesen, sagte der Berliner Familienforscher Hans Bertram. Nur eine Minderheit gab dagegen an, dass die Mutter „gehetzt“ oder „ungeduldig“ nach Hause kam. Es gebe offensichtlich ein gutes Management von Müttern, wie sie Stress und Druck von der Arbeit von ihren Kindern fernhalten, erklärte Bertram. Mütter sind laut Umfrage zu 86 Prozent „sehr“ oder „meistens“ zufrieden mit ihrer beruflichen Situation und zu 89 Prozent zufrieden mit dem Gelingen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Väter wurden für die Studie hingegen nicht befragt.

Dass die gemeinsam verbrachte Zeit mit den Eltern wegen der Berufstätigkeit geringer ausfalle, bedauerten die Kinder trotzdem, hieß es weiter. 80 Prozent der Sechsbis 14-Jährigen fanden laut Umfrageergebnis aber auch, dass Mütter sich unter der Woche „viel“ oder „genügend“ Zeit für sie nehmen würden. Väter kämen bei dieser Frage auf nur 44 Prozent. Dass Kinder auch den Vater in der Pflicht sehen, sich Zeit zu nehmen, bestätigte einen Wandel der Vaterrolle, der bereits in anderen Studien nachgewiesen wurde, erklärte Bertram. Kinder erwarteten heute auch im Gegensatz zu früher, dass ihre Väter ebenso viel Zeit für sie hätten wie die Mutter. epd

KURZ NOTIERT

Heute Einigung über Truppenabbau?

Berlin. Die Spitzen der Koalition werden sich heute voraussichtlich auf eine Verkleinerung der Bundeswehr von 240 000 auf 185 000 Soldaten verständigen. Aus Koalitionskreisen hieß es, dass dieser Vorschlag von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) unstrittig sei. Die Partei- und Fraktionschefs treffen sich im Beisein von Guttenberg im Kanzleramt. dpa

Konsequenzen aus Missbrauchsfällen

Berlin. Verbindliche Regeln in der Kinder- und Jugendhilfe sowie weniger peinliche Befragungen der Opfer: Die Bundesregierung zieht Konsequenzen aus den Missbrauchsfällen an kirchlichen und schulischen Einrichtungen. Noch vor Jahresende will sie dazu ein neues Gesetz vorlegen. Unter anderem sollen öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe verbindliche Kinderschutzstandards einführen. dpa

Erster Studiengang zur psychiatrischen Pflege

Bielefeld. Die Fachhochschule der Diakonie in Bielefeld-Bethel bietet den bundesweit ersten Studiengang zur psychiatrischen Pflege an. Der auf drei Jahre angelegte Bachelor-Studiengang „Psychiatrische Pflege/Psychische Gesundheit“ soll im Frühjahr starten. Die Studiengebühren betragen den Angaben zufolge monatlich rund 260 Euro. epd

Maulwurf Metzner ist arbeitslos

„Einvernehmliche Lösung“ nach massivem Druck: FDP trennt sich endgültig von Westerwelles Büroleiter

Berlin. Nach massivem Druck aus Partei und Fraktion hat FDP-Chef Guido Westerwelle Konsequenzen aus der Wikileaks-Affäre gezogen und sich von seinem früheren Büroleiter Helmut Metzner getrennt. Das Arbeitsverhältnis sei „einvernehmlich“ gelöst worden, bestätigte ein Parteisprecher gestern. Der 41-Jährige hatte vor einer Woche zugegeben, Informant der US-Botschaft gewesen zu sein. Die „Bild“-Zeitung (Donnerstag) berichtete, die Trennung sei ab sofort wirksam, beide Seiten hätten Still-schweigen vereinbart. Die Wikileaks-Veröffentli-

chungen hatten enthüllt, dass ein Mitarbeiter der FDP die US-Botschaft vor einem Jahr über die schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen auf dem Laufenden gehalten hatte. Mehrere Tage nach den Enthüllungen hatte sich Metzner als Informant offenbart und war daraufhin von seinen Aufgaben entbunden worden. Die Parteiführung wollte ihn zunächst innerhalb der FDP-Zentrale versetzen, dagegen hatte sich jedoch erheblicher Widerstand in Partei und Fraktion formiert. Metzner selbst schaltete einen Anwalt ein, um über seine weitere Beschäftigung in der

Gehen getrennte Wege: FDP-Chef Westerwelle sieht in seiner Partei keine Aufgaben mehr für den ehemaligen Büroleiter Helmut Metzner (im Hintergrund). Foto dpa



FDP zu verhandeln. Daraufhin arbeitete in den vergangenen Tagen die FDP-Führung auf eine Trennung zu. Auch aus der FDP-Fraktion hatte

es Stimmen gegeben, die Westerwelle vorwarfen, in der Maulwurf-Affäre nicht schnell genug gehandelt zu haben. dpa

Vortrag über Deutsche in Kobe

Kiel. „Deutsche in Kobe vor 150 Jahren und heute“: Der Vortrag mit Lichtbildern von einer Schülergruppe der Humboldt-Schule mit ihrer Lehrerin Kathrin Bonn findet Freitag um 18.30 Uhr in der Ludewig-

Meyn-Straße 2 im Seminarraum Ü2 statt. Die Schüler haben im Rahmen ihres Aufenthaltes in Kobe (September 2010) dort am Unterricht teilgenommen und in japanischen Familien gewohnt.

AUSSTELLUNGEN

Amt für Informationstechnik: „Neue Bilder von Karin Rogge und ihre Heldinnen- und Helden-Reihe“ (bis 22.12.) 11.30-14 Uhr, Adolfstr. 14-28

Atelier in Kroog: Weihnachts-Trubel 14-18 Uhr, Sonthofener Str. 67

Brücke SH: „Innehalten und Bewegung“, Malerei von Regina Wriedt (bis 31.12.) 8-16 Uhr, Muhlhusstraße 94

Centre Culturel Francois: „Ariège des corps et des cornes“, Elena Gourskaia, aquarelles & esquisses (bis 15.12.) 10.30-12.30, 16-18 Uhr, Hardenbergstraße 11

Galerie im Wilhelminenhaus: Birgit Ehmsen: „Farbe bekennen“ (bis 14.1.) 9-19 Uhr, Wilhelminenstr. 43

Halle auf der Nordmole: „Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder“ (bis 12.12.) 10-18 Uhr, Mecklenburger Str. 58

Italienisches Kulturzentrum: „Römische Impressionen“ von Helga Kröger (bis 10.12.) 10-12, 16-18 Uhr, Hardenbergstr. 11, Tel. 0431/804167

Kieler Stadtkloster: Rosa Hipp - „Bildergeschichten“, Collagen (bis 31.12.) 9-17 Uhr, Harnsstr. 104

KirchenKai: „Look Inside - Innenansichten“, Krippenfiguren erzählen von Weihnachten (bis 9.1.) 10-18 Uhr, Rathausstr. 5

Klinik für Kieferorthopädie: „Im Repertoire“, Malerei und Collagen von Anna Westphal (bis 15.12.) 8.30-18 Uhr, Arnold-Heller-Str. 3

Kulturladen Leuchtturm: „Seelenfarben“, Bilder in Öl, Acryl, Kreide und Pastell von Petra Christa Martens (bis 31.12.) 15-18 Uhr, An der Schanze 44, Tel. 0431/396861

Landeshaus: „Kunst ohne Grenzen“ (bis 7.1.) 9-18 Uhr

Meune Lehmann - „Power of nature“ (bis 17.12.) 10-16 Uhr, Düsternbrooker Weg 70, Tel. 0431/988-1505

Landgericht: Kathy Müller-Kobiella: „Rückkehr in die Heimatwelten“ 7-15.30 Uhr, Harnsstraße 99-101

Mehrgenerationenhaus im Vineta-zentrum: „Selten gesehene Bilder aus dem Gaarden vor 100 Jahren“ (bis 28.2.) 8-18 Uhr, Elisabethstr. 64

Michaeliskirche: Bilderausstellung „Ungeschminkt“, Wie sieht Armut in Schleswig-Holstein aus 10-12 Uhr, Schleswiger Str. 52

Ministerium f. Wissenschaft, Wirtschaft u. Verkehr: „Das ist ein guter Titel ist auch ein guter Titel“, Neue Positionen der Klasse Freie Zeichnung und Druckgraphik der Muthesius-Kunsthochschule (bis 28.12.) 9-17 Uhr, Düsternbrooker Weg 94

Neues Rathaus: „von Kopf bis Fuß“, Teilnehmer aus VHS-Kursen (bis 19.1.) 10-18 Uhr, Andreas-Gayk-Str. 31

Offener Kanal Kiel: „Bilder von Regine Haack“ (bis 14.1.) 14-20 Uhr, Hamburger Chaussee 36

Sparkassenakademie SH: Claus Vahle: „Kunstzitate“ (bis 13.12.) 9-17 Uhr, Faluner Weg 2

Sparkassenstiftung SH: Ernst von Domarus (1900-1977) - Einblicke und Ausblicke (bis 30.12.) 9-18 Uhr, Faluner Weg 6

Städt. Krankenhaus: Formen und Farben von Margrit Bühring (bis 28.2.) 8-20 Uhr, Chemnitzstr. 33

Take Maracke: „Colorline“. Susane Nothdurt, Vero Pfeiffer (bis 8.4.) 14-16.30 Uhr, Westring 455

Universitätsbibliothek: „MalerVerwandtschaften“. Vier Generationen der Künstlerfamilie Borchert: Riga, Berlin, Kiel (bis 20.01.) 9-22 Uhr, Leibnizstraße 9, Tel. 0431/880-4701

Zentrum für integrative Psychiatrie: Bilder von Sabine Röpnack 8-16.30 Uhr, Niemannsweg 147

Brunswiker Pavillon: „Kunst-Markt 2010“ - Kunst bis 500 Euro (bis 22.12.) 10-17 Uhr, Brunswiker Str. 13, Tel. 0431/554650

Galerie Ductus: Weihnachtsausstellung der Freien Kunstschule Kiel (bis 19.12.) 14-17 Uhr, Hamburger Chaussee 42

KielKind-Raum für Kunst & Konzepte: „Pocket Art“, Malerei, Keramik, Druckgraphik und Skulpturen (bis 22.12.) 15 Uhr, Kleiststraße 62a

Umtrieb-Galerie für aktuelle Kunst: Elsbeth Art - „Schriftsteller“ (bis 15.1.) 12-19 Uhr, Ringstraße 49

IMPRESSUM

Kiel lokal

Regionalausgabe der Kieler Nachrichten für die Stadt Kiel

Lokalchefs:
Konrad Bockemühl (bkm),
0431/903 2830;
Eckhard Groddek (dd),
0431/903 2840

Sekretariat:
Renate Juszczak, 0431/903-2831
Fax 0431/903 2826;
E-Mail: lokalredaktion@kieler-nachrichten.de

Lokalredakteure:
Frank Behling (FB), 903-2884;
Thomas Christiansen (chr), 903-

2841; Thomas Dittner (tdi, Kieler Wirtschaft), 903-2839; Martina Drexler (mad), 903-2838; Boris Geißler (bog), 903-2836; Annetarie Heckmann (ah), 903-2824; Carola Jeschke (caj) 903-2910; Fred Könnecke (kön, Kieler Hochschulen), 903-2820; Jürgen Küppers (küp), 903-2829; Anja Rüstmann (asr), 903-2834; Günter Schellhase (gsc, Stadtteile), 903-2825; Kerstin v. Schmidt-Phiseldeck (ker) 903-2842; Heike Stüben (stü), 903-2847.

Lokalsport:
Jens Kunkel (kun) 903-2871;
Ingolf Haake (igh), 903-2878;
E-Mail: spo.red@kieler-nachrichten.de

IMPRESSUM

Kieler Nachrichten

Unabhängige Landeszeitung für Schleswig-Holstein

Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Amtliches Bekanntmachungsorgan der Städte Kiel, Lütjenburg, Neumünster, Plön, Preetz, der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und der Gemeinde Kronshagen

Geschäftsführung: Christian Heinrich, Jürgen Heinemann
Chefredakteur: J. Heinemann, Stellv. Chefredakteur: Dr. R.-J. Schröder, K. Kramer; Chef vom Dienst: Dr. R.-J. Schröder; Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft und Soziales: K. Kramer; Lokales Kiel/Schleswig-Holstein: K. Bockemühl, E. Groddek; Kultur: Ch. Munk; Sport: G. Müller; Journal: R. Böttcher; Service: C. Beylage-Haarmann; Korrespondenten: B. Stade, U. Wilke (Landeshaus), W. Buhmann (Wirtschaftspolitik), F. Lindscheid (Berlin); Archiv, Bildredaktion: R. Pregla. Es gilt das KN-Honorarstarre vom 1. 5. 2009

Leiter Anzeigen und Vertrieb: Marc Paris
Anzeigenverkaufsleiter: R. Gradert; Anzeigen und Beilagen nach Preisliste Nr. 63, gültig ab 1.1.2010.

Leiterin Privatkundenmanagement: B. Grunwald, Stellv. B. Bichel (Vertriebservice und Verkauf)

Leiter Druck- und Logistikzentrum: Sven Fricke; Druck: Kieler Zeitung, GmbH & Co., Offsetdruck KG Postfach 1111, 24100 Kiel

Urheberrechte/Haftung: Die Kieler Nachrichten werden in gedruckter und digitaler Form vertrieben und sind aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung sowie der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, etwa auch das Einstellen in Datenbanken, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts anderes ergibt. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen.

Anschrift: Kieler Nachrichten, Postfach 1111, 24100 Kiel; Telefon (0431) 903-0; Anzeigenannahme: 903555, Vertrieb: 903666, Fax: 9032935; kn-online: www.kn-online.de

Belegahinweis: Unserer heutigen Auflage liegt eine Beilage der Firma Weiland bei. Teilen unserer heutigen Auflage (ohne Postbezieher) liegt eine Beilage der Firma Praktiker bei.

Kinder von „Maro Temm“ auf der Bühne

Gaarden. So gar nichts mit Töpfchen und Kröpfchen hat die Aschenbrödel-Version gemeinsam, die seit dem Ende der Sommerferien 13 Kinder und Jugendliche aus der Siedlung „Maro Temm“ einstudieren.

Stattdessen durchziehen flotte Pop-Rhythmen, fantasievolle Kostüme und jede Menge Tanzeinlagen die Cinderella-Geschichte. Zwischen vier und 13 Jahre jung sind die Akteure, die das Stück unter Leitung der AWO-Tanzexpertinnen Alexandra Rederer und Britta Quos entworfen und geprobt haben. Dabei waren die jungen Sinti „Feuer und Flamme“, lobt Britta Quos die Zuverlässigkeit ihrer Schützlinge. Gefehlt hat beim Üben so gut wie nie jemand, stattdessen zeigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer oft Engagement über das geforderte Maß hinaus.

Befördert werden soll mit dem Projekt die Erkenntnis, dass es viel Spaß machen kann, regelmäßig an einer Sache dran zu bleiben. Auch



Viel Fantasie steckt in der Aschenputtel-Interpretation der Kinder und Jugendlichen von „Maro Temm“. Foto mag

hoffen die Pädagoginnen, dass damit Lust darauf geweckt wurde, an den anderen Freizeitangeboten des Kinder- und Jugendbereichs der AWO teilzunehmen. Und nicht zuletzt, so betonen die

beiden Mitarbeiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, soll damit auch der Öffentlichkeit gezeigt werden, wie viel Talent in den Kindern von „Maro Temm“ steckt. Überzeugen davon können

sich alle Interessierten am Dienstag, 14. Dezember, von 16 Uhr an. In der Räumerei (Preetzer Straße 35) führen die Nachwuchskünstler ihr 45-Minuten-Stück bei freiem Eintritt auf. mag

„IGeL sind mit sehr viel Vorsicht zu genießen“

Juristin der Verbraucherzentrale informierte über individuelle Gesundheitsleistungen

Kronsborg. IGeL steht für „individuelle Gesundheitsleistungen“. Nach Angaben der Verbraucherzentrale bieten Ärzte zunehmend diese oft überflüssigen und nicht selten teuren Extras an. Unter der Überschrift „IGeL haben Stachel“ informierte Juristin Karina Zinke auf der jüngsten Sitzung des Ortsbeirates in der Grundschule Kronsborg über das Für und Wider der Angebote.

Von Ingrid Haese

„IGeL sind mit Vorsicht zu genießen“, sagte Karina Zinke, die bei der Verbraucherzentrale in Flensburg tätig ist, gleich zu Beginn ihres Vortrages. Grundsätzlich seien die Krankenkassen verpflichtet, alle medizinisch notwendigen und wirtschaftlich sinnvollen Behandlungen und Untersuchungen der Patienten zu übernehmen. Die etwa 400 individuellen Gesundheitsleis-



Juristin Karina Zinke (rechts) informierte den Ortsbeirat Wellsee/Kronsborg/Rönne über das Thema „IGeL – individuelle Gesundheitsleistungen“. Foto ih

tungen gehörten nicht zu den Leistungen der Kassen, weil sie eben nicht medizinisch notwendig seien. Was notwendig ist und was nicht, darüber entscheide der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), in dem Vertreter der Krankenkassen, Ärzte und unparteiische Mitglieder säßen. „Demnach haben alle Kassen auch die gleichen Basisleistungen“, lautete Karina Zinkes Fazit.

Nach Angaben der Juristin bieten 50 bis 75 Prozent der

Ärzte individuelle Gesundheitsleistungen an, die der Patient eben nicht Inanspruchnahme wie ein Privatpatient selbst bezahlen müsse. Die Extras seien nicht prinzipiell überflüssig. Angeboten würden zum Beispiel Innendruckmessungen der Augen, professionelle Zahnreinigungen, zusätzliche Ultraschalluntersuchungen oder ergänzende Untersuchungen zur Früherkennung von Krebs bei Frauen. Ärzte böten zudem Methoden an, die vom Ge-

meinsamen Bundesausschuss abgelehnt worden seien, beispielsweise Elektro-Akupunktur oder Ozon-Therapie.

„Ein Arzt, der eine individuelle Gesundheitsleistung anbietet, muss seinem Patienten erläutern, warum sie keine Kassenleistung ist“, so Karina Zinke weiter. Er dürfe außerdem für die Extras keine Praxisgebühr erheben. Seriöse Ärzte klärten die Patienten auf, informierten über Nutzen, Risiko, Wirksamkeit und Kosten einer Behandlung. Außerdem seien sie zur Aufstellung eines Kostenvoranschlages, zum Erstellen einer Rechnung sowie zum Aufsetzen eines Vertrags verpflichtet. „Gibt es keine schriftliche Vereinbarung, ist der Patient nicht zahlungspflichtig“, betonte Karina Zinke. Patienten sollten sich nie unter Druck setzen lassen, das Gespräch mit dem Arzt suchen, eine zweite Meinung einholen, im Internet recherchieren oder eine Patientenberatungsstelle aufsuchen. Sie könnten sich zudem direkt an ihre Krankenkasse wenden.

BLICK ÜBER DIE STADTGRENZE

„Anleger muss erhalten bleiben“

Hohe Förderquote: Ausschuss mit großer Mehrheit für die Erneuerung

Mönkeberg. Das Signal für den Erhalt des Mönkeberger Fähranlegers hätte kaum deutlicher ausfallen können. Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauwesen und Umwelt sprach sich jetzt mit großer Mehrheit für die Erneuerung des Anlegers aus.

Die wohl einmalige Chance, dieses Projekt mit geschätzten Kosten von 1,3 Millionen Euro mit einer derart hohen Förderquote zu realisieren, sollte unbedingt genutzt werden, so der Tenor. „Unser Anleger muss erhalten bleiben“, betonte CDU-Fraktionsvorsitzende Hildegard Mersmann. Sie wies dabei auch

auf die wichtige touristische Funktion des Fähranlegers als erste Anlaufstelle auf dem Kieler Ostufer hin. „Ein Nein von uns, und das Thema wäre durch. Wir sollten deshalb unserer Verpflichtung nachkommen und diese Chance nutzen“, sagte auch Rainer Dröge (SPD). Wichtig war den Ausschussmitgliedern, jetzt zunächst ein klares Votum für eine Brückenerneuerung abzugeben. Was den später geplanten Übergang des Anlegers ins gemeindliche Vermögen und die Folgekosten betrifft, soll es weitere Gespräche geben. Der im Vorfeld abgestimmten Drittel-

nanzierung bei einer voraus-sichtlichen Deckungslücke in Höhe von rund 600000 Euro wurde nun erst einmal zugestimmt. Auch die Kieler Fachgremien hatten bereits grünes Licht für das vereinbarte Finanzierungsmodell (die Stadt Kiel, der Kreis Plön und die Gemeinde Mönkeberg tragen je 200000 Euro) gegeben. Der Wirtschaftsausschuss des Kreises Plön sieht ebenfalls die Notwendigkeit einer Erneuerung und empfiehlt dem Kreistag entsprechende Mittel in den Haushalt 2011 aufzunehmen. Die Entscheidung darüber steht in der Plöner Kreistagssit-

zung auf der Tagesordnung. In einem Brief an alle Kreistagsabgeordneten hatte Michael Henry von der „Interessengemeinschaft für eine attraktive Förderschiffahrt“ (IAF) eindringlich appelliert, dem Verwaltungsvorschlag zum Neubau des Mönkeberger Fähranlegers zuzustimmen. Die IAF werde auch künftig daran mitarbeiten, den bisherigen „Flickenteppich Förderschiffahrt“ zu beenden mit der klaren Zielsetzung eines attraktiven ÖPNV-Angebotes auf der Kieler Förde, das Ost- und Westufer miteinander verbindet. uhl